



Helmut Landsiedel
Fraktionsvorsitzender

Christina Musculus-Stahnke
stv. Fraktionsvorsitzende

Silke Jürgensen
stv. Fraktionsvorsitzende

Wolf-Dietmar Brandtner
Ratsherr

Presseinformation

Nr. 63/2011 Kiel, 09. Juni 2011

Redebeitrag - Es gilt das gesprochene Wort!

Energiepolitik

Überarbeitung des vorliegenden Konzepts geboten!

In der heutigen Sitzung der Ratsversammlung erläutert der Vorsitzende der FDP-Ratsfraktion, Helmut Landsiedel, seinen Alternativantrag zu TOP 19 „Klimaverträgliches Energieerzeugungs- und Versorgungskonzept für Kiel“:

„Die FDP-Ratsfraktion beantragt,

- dass das vorliegende Klimaverträgliche Energieerzeugungs- und Versorgungskonzept für Kiel als konzeptioneller Zwischenschritt betrachtet und als solcher zur Kenntnis genommen wird, und
- dass das Konzept in einem weiteren Schritt unter Berücksichtigung folgender Maßgaben überarbeitet, konzeptionell ergänzt und in diesem Sinne als neue Vorlage der Selbstverwaltung innerhalb der nächsten sechs Monate, spätestens zur Ratsversammlung im Januar 2012 zur Beschlussfassung vorgelegt wird:

1. Interkommunale Zusammenarbeit prüfen

Es werden zeitnah Gespräche mit den Nachbargemeinden geführt, um in einem neuen Gutachten die Möglichkeiten einer interkommunalen Zusammenarbeit bei der Energiegewinnung und -versorgung auszuloten und konzeptionell zu berücksichtigen.

Begründung: Das vorliegende Konzept berücksichtigt zu wenig die Chancen einer interkommunalen Zusammenarbeit. Doch gerade hier sehen wir realisierbare Effizienzgewinne. Gemeinden der benachbarten Kreise wurden nicht hinreichend befragt. Ein Interesse dieser Gemeinden ist – siehe Neumünster und Bordesholm – gegeben.

2. Einbindung unserer Partner

Es werden unverzüglich Gespräche u.a. mit den Stadtwerken Kiel, dem Gemeinschaftskraftwerk Kiel, der Müllverbrennungsanlage Kiel geführt, um deren Expertisen in der konzeptionellen und strategischen Ausrichtung zu berücksichtigen. Diese Unternehmen werden bei allen weiteren Fragestellungen umfassend in einem neuen Gutachten eingebunden.

Begründung: Bei der Erstellung des Gutachtens wurden wichtige Partner oder an diesen beteiligte Unternehmen nicht hinreichend eingebunden. **„Zum einen haben die Gutachter während der Erstellung auf Gespräche mit uns – als einem der Hauptakteure – verzichtet ...**

„ – dieser Satz in der Stellungnahme der Stadtwerke Kiel AG zeigt, wie wenig professionell dieses Gutachten erstellt wurde und die dort dargelegten Zahlen keinesfalls auf unumstrittenen Datenmaterial basieren.

3. Einsatz von Biomasse relativieren

Biomasse wird nur im Rahmen von nicht flächengebundenen Reststoffen wie Gülle, Stalleinstreu, Reststroh, Holzabfallprodukte und Klärschlamm genutzt. Eine dahingehende Korrektur des vorliegenden Gutachtens wird in Abstimmung mit der Landwirtschaftskammer vorgenommen. Dabei wird ein Konzept zur Einbindung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger in die Umsetzung von Biogasanlagen erarbeitet. Diese Aspekte werden in einem neuen Gutachten zur klimaverträglichen Energieerzeugung und -versorgung für Kiel aufgenommen.

Begründung: Das vorliegende Gutachten sieht ein erhebliches Potenzial von regional verfügbarer Biomasse zur Erzeugung von Biogas/Biomethan.

Diese Vorstellungen sind aus Sicht der FDP-Ratsfraktion unrealistisch und nicht realisierbar.

Die Landwirtschaftskammer bestätigt eindrucksvoll, dass die vorgelegten Zahlen zur Verfügbarkeit von Biomasse vollkommen unhaltbar sind: **„Wir haben jedoch erhebliche Bedenken bezüglich der Tragfähigkeit und Realisierungsmöglichkeit der in der Studie getroffenen Annahmen zur Flächen- und Rohstoffverfügbarkeit“**. Die in der Studie vorgesehene Menge wird auf ca. 680.000 t geschätzt, die Landwirtschaftskammer geht von einer maximalen in der Region zur verfügbar stehenden Biomasse von 130.000 t aus, also lediglich 20%!

4. Konzept zur Umsetzung eines GuD-Kraftwerks und zur Gasversorgung erstellen

Es sind zeitnah Gespräche mit den Gesellschaftern des GKK zur Entwicklung eines Konzeptes zur Umsetzung eines GuD-Kraftwerks und der damit verbundenen Sicherstellung der Gasversorgung aufzunehmen. Dabei wird der Zeitrahmen festgelegt, der alle planungs- und genehmigungsrechtlichen Aspekte berücksichtigt. Die Suche nach weiteren Partnern – z.B. Neumünster – für den Bau eines überregionalen, effizienten Kraftwerks ist zu prüfen. Die Ergebnisse werden in ein neues Gutachten zur klimaverträglichen Energieerzeugung und -versorgung für Kiel aufgenommen.

Begründung: Der im Gutachten vorgeschlagene Ausbau des Kieler Fernwärmenetzes und die Umstellung des jetzigen Kohlekraftwerkes auf ein klimafreundlicheres, zentrales Gas- und Dampfturbinenkraftwerk werden von einer großen Mehrzahl der zur Stellungnahme aufgeforderten Experten positiv bewertet. Dieser Weg wird von der FDP-Fraktion im vollen Umfang unterstützt, denn hier wird eine zentrale Forderung des kommunalen Wahlprogramms der FDP umgesetzt.

Gleichwohl bleiben zur Umsetzung viele Fragen offen. So wird beispielsweise nicht darauf eingegangen,

- wie die Gasversorgung sichergestellt werden kann,
- wie die jetzigen Betreiber des GKK ein GuD beurteilen,
- wer die enormen Investitionskosten aufbringen soll und
- welcher Zeitrahmen realistisch ist.

5. Möglichkeiten dezentraler Energieversorgung neu bewerten

Der Einsatz von Blockheizkraftwerken (BHKW) ist insofern neu zu bewerten, als auch andere Energieträger als Biomasse für diese dezentralen KWK-Anlagen konzeptionell zu berücksichtigen sind. Experten unserer Partner, insbesondere der Stadtwerke, sind einzubinden und die Ergebnisse werden in ein neues Gutachten zur klimaverträglichen Energieerzeugung und -versorgung für Kiel aufgenommen.

Begründung: Wie einem mündlichen Vortrag bei der Vorstellung des Gutachtens zu entnehmen war, weisen laut Gutachter kleinere, dezentrale BHKW im Vergleich zu größeren Anlagen sowohl ökologisch als auch ökonomisch schlechtere Werte aus. Schon aus diesem Grund ist eine Dezentralisierung auf eine Vielzahl von BHKW im Stadtgebiet nicht sinnvoll und muss deshalb in jedem Einzelfall gründlich geprüft werden. Da die Gutachter diese BHKW „vorrangig“ als Biogasanlagen betreiben wollen und wie bereits dargestellt die Gutachter von unrealis-

tischen Mengen von regional zur Verfügung stehender Biomasse ausgehen, ist dieser Aspekt im Gutachten vollkommen neu zu untersuchen und zu bewerten.

6. Energieeinsparstrategie für Wärme und Strom konkretisieren

Die mit der Innovativen Bauausstellung InBa begonnenen Aktivitäten werden gemeinsam mit den Stadtwerken und anderen Partnern ausgebaut, ein eigenes Konzept zur Umsetzung der geforderten Standards in den städtischen Immobilien wird entwickelt und diese Vorschläge werden in einem neuen Gutachten zur klimaverträglichen Energieerzeugung und -versorgung für Kiel aufgenommen.

Begründung: Unter der Überschrift „Ambitionierte Energieeinsparstrategie für Wärme und Strom“ werden durchaus richtige Annahmen und Empfehlungen gegeben, allerdings sind diese Empfehlungen weder neu noch mit konkreten Handlungsvorschlägen versehen.

In der Gesamtbeurteilung der Beschlussvorlage kann ich nur sagen, dass ich selten so eine fehlerhaft ausgearbeitete, unvollständige Vorlage gesehen habe.

Alleine die Tatsache, wie hier mit unseren Partnern in Fragen der Energieversorgung umgegangen wird, veranlasst mich zu der Frage, wo Sie den Mut hernehmen wollen, zukünftig eine Resolution zu verabschieden um „Einmal Gemeinsam“ einzufordern. „Gemeinsam“, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann nur auf Gegenseitigkeit beruhen, ihr Verständnis von „Gemeinsam“ fügt dieser Stadt Schaden zu.

Gemeinsam, meine Damen und Herrn der Kooperation, geht anders, aber bestimmt nicht so, wie Sie dies umsetzen wollen.“

V. i. S. d. P.

Peter Helm
Fraktionsgeschäftsführer